

10/1992 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Helmut Kohl:

## Absoluter Vorrang für neue Arbeitsplätze

Nach seiner Rückkehr aus den USA und Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten George Bush in Camp David hat Bundeskanzler Helmut Kohl auf einer Pressekonferenz am 23. März in Bonn auch zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland Stellung genommen:

**Erstens:** Die Wirtschaft in den alten Bundesländern befindet sich in einer Konsolidierungsphase. Nach einer starken Expansion in den vorangegangenen Jahren hat sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt.

Insgesamt rechnet die Bundesregierung 1992 für ganz Deutschland mit einem Wachstum von rund zwei Prozent (bei rund 1,5 Prozent in den alten Bundesländern).

Gleichzeitig wollen wir die Inflationsrate in den alten Bundesländern wieder deutlich unter vier Prozent drücken. Die Bundesbank, mit der ich in der vergangenen Woche hierüber gesprochen habe, sieht hierfür gute Chancen.

Angesichts eines weniger günstigen wirtschaftlichen Umfeldes sind auch die Verteilungsspielräume enger geworden.

Ich erinnere an meine Aussage hier in der Pressekonferenz am 10. Januar 1992: „Dieses Jahr 1992 ist kein Jahr für Verteilungskämpfe und Anspruchsdenken, sondern ein Jahr der Vorsorge für Wachstum, für Arbeitsplätze und für Stabilität.“

(Fortsetzung Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

- **Rentenanpassung**  
Bundeskanzler Helmut Kohl: Die Renten bleiben sicher. Seite 3
- **Grundsatzprogramm**  
Familien sind die beständigsten Formen des Zusammenlebens. Seite 4
- **Asylrecht**  
Generalsekretär Volker Rühle: Parteitaktische Faxen der SPD vor den Landtagswahlen. Seite 8
- **Konjunktur**  
Bauwirtschaft spielt Schlüsselrolle beim Aufschwung in Ostdeutschland. Seite 11
- **Verkehr**  
Bundesverkehrsminister Günther Krause: Bundesregierung setzt auf ein integriertes Gesamtverkehrssystem. Seite 12
- **Umweltschutz**  
Ottofried Hennig: Alle Kräfte mobilisieren, um das Leben der Ostsee zu retten. Seite 14
- **Dokumentation**  
Das Ziel ist: Gleich hohe Renten in Ost und West. Fragen und Antworten zur Rentenanpassung in den alten und neuen Bundesländern. Grüner Teil



(Fortsetzung von Seite 1)

In dieser Situation sind die Tarifpartner besonders gefordert. Wie Sie wissen, trägt die Bundesregierung im Rahmen des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber jetzt selbst unmittelbar Verantwortung.

Deswegen wiederhole ich: „In dieser besonderen Situation haben für mich Stabilität und Sicherheit der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze eindeutig Vorrang vor allem anderen.“

**Zweitens:** In den neuen Bundesländern verzeichnen wir eine positive Entwicklung bei Dienstleistungen, Bauwirtschaft und Handwerk. Nachdem Industrieproduktion und Industrieaufträge im letzten Jahr den Tiefpunkt erreicht haben, geht es hier langsam aufwärts.

Für 1992 wird für die neuen Bundesländer ein Wachstum von rund 10 Prozent erwartet. Nach wie vor schwierig ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Es sind zuletzt 1,3 Millionen Arbeitslose und 0,5 Millionen Kurzarbeiter registriert worden.

Unser wichtigstes Ziel bleibt deshalb, mehr neue Arbeitsplätze zu schaffen, als alte wegfallen. Nach Einschätzung des Wirtschafts-Sachverständigenrates und anderer Experten kann das noch in diesem Jahr erreicht werden, wenn alle Beteiligten diesem Ziel Vorrang einräumen.

Wie notwendig dieser Vorrang ist, verdeutlichen drei zentrale Kennziffern. Das Statistische Bundesamt hat jüngst für 1991 festgestellt,

- daß die Produktivität Ost 29 Prozent des Westniveaus entspricht,
- daß Löhne und Gehälter je Beschäftigten 44 Prozent des Westniveaus ausmachen und
- daß damit die Lohnstückkosten in Ostdeutschland 55 Prozent höher als in Westdeutschland liegen.

Dies bedeutet: Die Wettbewerbsposition der Unternehmen in Ostdeutschland ist stark belastet. Um so mehr bleibt es gerade in dieser schwierigen Situation Aufgabe der Tarifpartner, Produktivität und Lohnhöhe stärker als bisher in Übereinstimmung zu bringen.

**Drittens:** Selbstverständlich müssen in den neuen Bundesländern zugleich enorme Investitionsanstrengungen unternommen werden.

1992 planen westdeutsche Unternehmen Investitionen in Höhe von 44 Mrd. DM. Das sind zwei Drittel mehr als im Vorjahr. Bis 1995 wollen westdeutsche Unternehmen neuesten Umfragen zufolge 113 Mrd. DM investieren (Institut der Deutschen Wirtschaft).

**Viertens:** Mit einem staatlichen Nettotransfer von weit über 100 Mrd. DM pro Jahr dokumentieren wir unsere Entschlossenheit, den Aufbau in Ostdeutschland voranzubringen. Damit haben wir aber zugleich die Grenze unserer finanziellen Leistungsfähigkeit erreicht.

Die neuesten Bundesbankzahlen machen ebenso unmißverständlich klar, daß der Bund mit Abstand die größte Belastung bei der Finanzierung des Nettotransfers von West nach Ost trägt — nämlich 74 von insgesamt 180 Mrd. DM in 1992. Dagegen ist der Beitrag der westdeutschen Länder und Gemeinden mit 12 Mrd. DM vergleichsweise bescheiden.

Vor diesem Hintergrund muß darauf geachtet werden, daß künftige Belastungen zwischen allen Beteiligten — Bund, westliche Länder und Gemeinden, östliche Länder und Gemeinden — fair aufgeteilt werden. Das Steuerpaket 1992 war ein erster Schritt in diese Richtung.

Für mich ist selbstverständlich: Bei den künftigen Belastungen muß alles berücksichtigt werden: Die direkten Leistungen aus den Haushalten des Bundes, der



**Bundeskanzler Helmut Kohl:**

## Die Renten bleiben sicher

**Bundeskanzler Helmut Kohl hat in der Sitzung des Bundeskabinetts am 18. März 1992 folgende Erklärung abgegeben:**

Die Rente ist Alterslohn für Lebensarbeit. Deswegen empfinde ich eine besondere moralische Verpflichtung gerade gegenüber jener Generation, die die Not dieses Jahrhunderts am eigenen Leibe erfahren mußte, die unter der nationalsozialistischen Diktatur aufgewachsen ist, im Krieg war oder den Krieg zu Hause erlitten hat, die unter der SED-Diktatur leben mußte und die dann ihr ganzes Erwerbsleben unter den Bedingungen der sozialistischen Mißwirtschaft verbringen mußte.

Die Renten in den neuen Bundesländern werden um rund 10 Prozent zum 1. Juli angehoben. Die Rentensteigerungen sind höher als in den alten Ländern, weil die Löhne in den neuen Bundesländern dort von einem heute noch niedrigeren Niveau aus stärker steigen.

Die Rentner in den alten Bundesländern werden nicht schlechter behandelt als die in den neuen Bundesländern.

Auch hier folgen die Renten nicht den Preisen, sondern den Löhnen, die hier geringer angestiegen sind. Die im Vergleich zu den neuen Bundesländern höheren verfügbaren Einkommen sind hier um gut 2,7 Prozent gestiegen.

Die Rentenanpassung zum 1. Juli 1992 beruht auf den Regelungen, die in der Rentenreform von CDU/CSU, SPD und FDP im Deutschen Bundestag sowie von den Bundesländern im Bundesrat — mit Zustimmung der Sozialpartner und Verbände — beschlossen wurden.

Unsere Bürgerinnen und Bürger können darauf vertrauen, daß die Bundesregierung ihre solide Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik fortführen wird.

Die Renten bleiben sicher, und unsere älteren Menschen brauchen deshalb keine Sorgen zu haben.

westlichen Länder und Gemeinden — aber eben auch Kreditabwicklungsfonds, Fonds Deutsche Einheit und Treuhandanstalt.

Dabei muß jeder sehen: Der notwendige finanzpolitische Spielraum ist nur durch Sparsamkeit auf der Ausgabenseite herzustellen. Der Bund hat deshalb bis 1995 sehr niedrige Zuwachsraten vorgesehen, durchschnittlich 2,5 Prozent pro Jahr. Eine ähnliche Ausgabenzurückhaltung müssen ebenso die westlichen Länder und Gemeinden üben.

**Ich fasse zusammen: Wenn alle Beteiligten jetzt ihrer Verantwortung gerecht werden, haben wir alle Chancen, in den neuen Ländern einen entscheidenden Schritt weiter voranzukommen.**

Für diese Bundesregierung bleibt im übrigen die Solidität der Staatsfinanzen zentrales Leitmotiv! Daran müssen sich alle finanziellen Leistungen orientieren — sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern.



# Familien sind die beständigsten Formen des Zusammenlebens

**Die Grundsatzprogramm-Kommission der CDU Deutschlands hat auf ihrer jüngsten Klausurtagung das zweite Kapitel des Entwurfs zum zukünftigen Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands beraten. Dazu erklärten der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission, Reinhard Göhner, und die stellvertretende Parteivorsitzende der CDU Deutschlands, Frau Ministerin Angela Merkel:**

Unsere Gesellschaft ist durch einen ständigen Wandel geprägt. Ihre Offenheit und Dynamik hat im Zusammenleben der Menschen zu den vielfältigsten Änderungen geführt. Das Zusammenleben der Menschen ist vielfältiger geworden.

Familien, in ihren unterschiedlichsten Ausprägungen, sind die beständigsten Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. In der Familie erfahren Menschen Geborgenheit und Zuwendung. In Familien lernen Menschen Eigenschaften, die Voraussetzung und Grundbestandteil unserer freien und solidarischen Gesellschaft sind: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung, Selbstständigkeit und Mündigkeit.

Als Eltern sind Mann und Frau in gleichem Maße für die Erziehung der Kinder verantwortlich. Die Ehe ist als verlässliche Grundlage für eine gemeinsame Beziehung von Mann und Frau besonders zu schützen. Die Ehe zeigt, daß Mann und Frau bereit sind, miteinander auf Dauer ihren Lebensweg zu gehen und in der Gesellschaft eine verlässliche Gemeinschaft zu bilden. Ehe ist eine gute Grundlage für die gemeinsame Verantwortung

von Mutter und Vater für die Erziehung des Kindes.

Die Familie verändert sich im Laufe des Lebens eines Menschen: Als Kind wächst er in eine Familie hinein, als Mann oder Frau gründet er eine eigene Familie, als Großeltern gehört er zur Familie seiner Kinder. Die Familie ist eine Einheit, die sich über mehrere Generationen ständig verändert und gleichzeitig auch Ort der Solidarität der Generationen ist.

Neben der Ehe gibt es andere familiäre Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen. Hierzu zählen nichteheliche Lebensgemeinschaften, Alleinerziehende, verwitwete oder geschiedene Elternteile.

## Erziehungsleistung fördern

Wir vertreten eine Politik, die die Zuwendung, Sorge und Erziehungsleistung der Eltern für ihre Kinder unabhängig von der Form der familialen Lebensgemeinschaften anerkennt und fördert. Unsere Politik verfolgt das Ziel, auch die Rechte nichtehelicher Kinder denen ehelicher gleichzustellen.

Wir respektieren und achten nicht-eheliche Partnerschaften und die bewußte Entscheidung, ohne die dauerhaften rechtlichen Bindungen des Eherechts zu leben. Wir sind daher gegen die Verrechtlichung solcher Partnerschaften. Soweit die Partner ohne Ehe rechtliche Bindungen begründen wollen, kann dies auf privatrechtlicher Grundlage erfolgen.

Jedes Kind hat ein Recht auf persönliche Zuwendung, Begleitung und Liebe der Eltern, denn die Entwicklung der perso-



nenalen Eigenständigkeit und der Gemeinschaftsfähigkeit hängen wesentlich von der Erziehung in der Familie ab.

Erziehung muß dem Wohl des Kindes dienen. Sie ist in erster Linie Aufgabe der Eltern. Sie ist Recht und Verpflichtung zugleich. Staatliche und private Erziehungseinrichtungen müssen das Elternrecht respektieren und vor allem unterstützende und ergänzende Funktionen wahrnehmen.

Dem Staat kommt außerhalb der Schule keine mit dem Elternrecht konkurrierende Erziehungskompetenz zu. Dennoch brauchen Familien zur Bewältigung ihrer Aufgaben angesichts gestiegener Anforderungen und gesellschaftlicher Veränderungen vielfältige Formen der Entlastung, Unterstützung und Ermutigung.

Das Erziehungsgeld und die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung müssen weiter ausgebaut werden. Unser Staat setzt durch den Familienlastenausgleich mit Kindergeld und steuerlichen Entlastungen Rahmenbedingungen, die helfen, die finanziellen und sozialen Belastungen der Familie zu tragen. Wir wollen den Familienlastenausgleich weiter verbessern.

---

## **Weniger Steuern bei Kindern**

---

Die Grundsatzprogramm-Kommission tritt mehrheitlich dafür ein, ein zu dynamisierendes Kindergeld einkommensabhängig zu gestalten und ein differenziertes Familiensplitting einzuführen; danach soll das Familieneinkommen unter Berücksichtigung der Zahl der Familienangehörigen besteuert werden. Wer Kinder hat, soll weniger Steuern bezahlen als derjenige, der keine Kinder hat. Das gilt auch für Alleinerziehende. Für diejenigen, die durch die steuerliche Regelung nicht hinreichend entlastet werden, ist

das verbesserte Kindergeld zu gewährleisten. Diese Fortentwicklung des Familienlastenausgleichs stellt eine Prioritätensetzung zugunsten der Familien mit Kindern dar, ohne daß dies zwangsläufig zu einer Erhöhung der staatlichen Ausgaben führen muß.

---

## **Alt und Jung miteinander**

---

Wir vertreten eine Politik, in der die Leistung von Eltern anerkannt wird, die Kinder erziehen. Insbesondere Mütter und Väter, die ihre Kinder alleine erziehen, müssen stärker als heute durch die Gesellschaft Unterstützung erfahren. Sie müssen vermehrt insbesondere bei der Kinderbetreuung unterstützt werden.

Unsere Gesellschaft ist auch geprägt durch das Miteinander von Alt und Jung. Immer mehr ältere Menschen möchten nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben weiterhin mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen aktiv an gesellschaftlichen Veränderungen mitwirken. Wir brauchen den Erfahrungsschatz und ihr Können und sind auf ihren Rat angewiesen. Eine Partnerschaft der Generationen, in der Alt und Jung respektvoll und mit Verständnis für die Bedürfnisse des jeweils anderen umgehen, kann uns helfen, unsere Vision von einer menschlicheren und besseren Welt zu verwirklichen.

Wir müssen Strukturen und Voraussetzungen schaffen, damit die gemeinsame Arbeit aller Generationen an der Gesellschaft erfolgreich ist. Der freien Entscheidung des einzelnen, wann er aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden will, dürfen keine starren Altersgrenzen entgegenstehen. Das Rentenalter muß weiter flexibilisiert und die bestehenden Möglichkeiten verbessert werden, um freiwilliges längeres Arbeiten zu ermöglichen und zu fördern. ■



# Gesundheitsreformgesetz hat zu erheblichen Einsparungen geführt

**In der von der SPD beantragten Aktualen Stunde zum Thema „Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesundheitsreformgesetzes“ erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Hoffacker:**

Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche versucht die SPD, ihre mangelnde gesundheitspolitische Kompetenz durch Scheindebatten im Deutschen Bundestag zu kaschieren. Die Sozialdemokraten haben bis heute kein brauchbares Konzept zur Lösung der Probleme im Gesundheitswesen vorgelegt. Dem Parlament liegt weder ein Antrag noch ein Gesetzentwurf der Opposition zur Beratung vor.

Die Sozialdemokraten haben offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen, daß das Gesundheitsreformgesetz aus drei Schritten besteht. Wer zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem der erste Schritt des Gesundheitsreformgesetzes noch nicht einmal vollständig umgesetzt ist, behauptet, die Gesundheitsreform sei gescheitert, hat den Inhalt des Gesundheitsreformgesetzes bis heute nicht begriffen.

Tatsächlich hat die Gesundheitsreform in den zurückliegenden drei Jahren zu erheblichen Einsparungen geführt. Der durchschnittliche Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung konnte von 12,8 Prozentpunkten im Jahre 1989 auf 12,2 Prozentpunkte im Jahre 1991 gesenkt werden. Allein im Arzneimittelbereich haben die Versicherten 500 Millionen DM weniger zahlen müssen als vor der Reform. Weitere 500 Millionen DM

haben die Krankenkassen bei den Ausgaben für Arzneimittel eingespart.

Unabhängig von der Steigerung des durchschnittlichen Beitragssatzes der gesetzlichen Krankenversicherung zu Beginn dieses Jahres auf 12,4 Prozentpunkte sind wir seit geraumer Zeit dabei, die Schritte zwei und drei der Gesundheitsreform — nämlich Krankenhausreform und Organisations- und Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung — umzusetzen. Wir werden dem Parlament nach Abstimmung mit den

**Die Beteiligten im Gesundheitswesen haben ihre Zustimmung zu den Konzepten der Union bereits signalisiert.**

Ländern entsprechende Gesetzentwürfe vorlegen.

Die Krankenhausreform ist in ihren Grundzügen innerhalb der Koalition bereits erörtert. Im einzelnen wird diese Reform die

- Einführung von Fallpauschalen
  - Ablösung des tagesgleichen pauschalierten Pflegesatzes durch Abteilungspflegesätze
  - Einführung eines Basispflegesatzes
  - Ausweitung der Gewinnverschonungsfrist sowie die
  - Abschaffung des Selbstkostendeckungsprinzips
- zum Inhalt haben.

Eine solche Reform kann allerdings ohne



## Finanzielle Verbesserungen für die Familien

**In den nächsten Tagen und Monaten wird für die Bürger sichtbar, welche finanziellen Verbesserungen das Steueränderungsgesetz für die Familien bedeutet. Zusammen mit der Solidarabgabe, die ab 1. Juli wegfällt, wird die Steuerbelastung insgesamt um über 20 Milliarden DM gesenkt.**

Teil des Gesetzes ist, daß rückwirkend zum 1. Januar 1992 das Kindergeld fürs erste Kind um 20 auf 70 Mark monatlich und der Steuerfreibetrag um rund 1 000 Mark auf 4 104 Mark jährlich steigen.

**Dietrich Austermann**, Mitglied im Haushaltsausschuß des Bundestages: Es wird vielfach übersehen, daß das neue Gesetz nicht nur für die Unternehmen, sondern vor allem auch für die Familien wesentliche Verbesserungen bringt. Eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von 3 900 Mark wird dadurch monatlich 57 Mark mehr im Portemonnaie haben. Das „SPD-Modell“ hätte im gleichen Fall einen geringeren Betrag ergeben.

● Das erhöhte Kindergeld wird durch die Bundesanstalt für Arbeit automatisch gezahlt. Da das Gesetz rückwir-

kend ab 1. Januar in Kraft tritt, sind Nachzahlungen fällig, die ab Ende März mit der nächsten turnusmäßigen Kindergeldzahlung von der Bundesanstalt überwiesen werden. Bis Ende Mai sollen alle Berechtigten die Nachzahlungen erhalten haben.

● Die erhöhten Kinderfreibeträge werden entsprechend der auf den Lohnsteuerkarten eingetragenen Kinderzahl bei den nächsten Lohn- und Gehaltsabrechnungen nach der neuen Lohnsteuertabelle durch einen geringeren Steuerabzug berücksichtigt. Die Steuerrückzahlung, die aufgrund der höheren Kinderfreibeträge für die vorangegangenen Monate fällig ist, erhält der Arbeitnehmer in der Regel über den Lohnsteuerjahresausgleich 1992; nur in wenigen Betrieben können die zuviel gezahlten Steuern direkt erstattet werden. Wenn die höheren Kinderfreibeträge wegen geringem Einkommen des Berechtigten nicht ausgenutzt werden, wird über die Bundesanstalt für Arbeit ein entsprechend höherer Kindergeldzuschlag gezahlt.

● Der Fortfall der Solidarabgabe ab 1. 7. 1992 macht im Schnitt um 50 bis 100 Mark höhere Netto-Lohnzahlungen aus.

die Zustimmung der Länder nicht durchgeführt werden. Die Opposition wird zeigen müssen, ob die SPD-regierten Länder diesen Schritt mitmachen werden oder ob sie bei ihren Ausgrenzungsmodellen, die Herr Dreßler „Markt“ nennt, bleiben will. Einkaufsmodelle und Positivlisten sind Relikte aus längst vergangenen sozialistischen Zeiten.

Die Beteiligten im Gesundheitswesen haben ihre Zustimmung zu den tatsäch-

lich marktwirtschaftlich orientierten Konzepten der Union bereits signalisiert.

Während Bundesregierung und Koalitionsfraktionen zur Zeit die jüngst vorgelegten Abschlüsse der Krankenkassen analysieren und auf der Grundlage dieses aktuellen Zahlenmaterials entsprechende Maßnahmen zur Kostenreduzierung im Gesundheitswesen erarbeiten, erweist sich die SPD als hilflos und in der Sache zerstritten. ■



Generalsekretär Volker Rühle:

## Parteitaktische Faxen der SPD vor den Landtagswahlen

**Zu den Ergebnissen der Expertenanhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages über den Gesetzentwurf zur Beschleunigung der Asylverfahren erklärte Generalsekretär Volker Rühle:**

Der Vorschlag der SPD, durch eine weitere Beschleunigung der Verfahren das Asylproblem zu lösen, war ihr letztes taktisches Schlupfloch, um an der Zustimmung zu einer Änderung des Grundgesetzartikels 16 vorbeizukommen. Dieses Schlupfloch hat sich durch die Anhörung im Innenausschuß als zu klein erwiesen. Die Experten haben auf eindrucksvolle Weise die Position der Union bestätigt, daß eine Lösung der Asylproblematik durch Verfahrensbeschleunigung nicht erreicht werden kann.

Im übrigen hat Engholm bei einem Modellversuch in seinem Bundesland die gleiche Erfahrung machen müs-

sen: Es ist ihm nicht gelungen, eine nennenswerte Zahl von Asylbewerbern innerhalb weniger Wochen durch das Anerkennungsverfahren zu bringen.

Die SPD hat jetzt kein vernünftiges Argument mehr, sich gegen die unumgängliche Ergänzung des Artikels 16 unseres Grundgesetzes zu sperren. Die Zeit drängt. Im Februar dieses Jahres wurden doppelt so viele Asylbewerber wie im Vorjahresmonat registriert. Die Bürger haben kein Verständnis dafür, daß die Politik dieses Problem nicht in den Griff kriegt. Sie erwarten zu Recht eine rasche Lösung.

Die SPD muß jetzt umgehend und eindeutig ihre Bereitschaft erklären, eine Änderung des Artikels 16 Grundgesetz mitzutragen. Die parteitaktischen Faxen der Sozialdemokraten vor den Landtagswahlen sind nichts anderes als Wahlbetrug.

## Ende der Apartheid

**Zum Ergebnis des Referendums in Südafrika erklärte Generalsekretär Volker Rühle:**

Die CDU beglückwünscht Präsident F. W. De Klerk zu seinem deutlichen Erfolg bei dem Referendum über das Ende der Apartheid in Südafrika. Damit ist der Weg endgültig frei für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Rassen. Der Ausgang des

Referendums ist ein großartiger Erfolg für all diejenigen Kräfte in Südafrika und weltweit, die stets für einen gewaltfreien Reformprozeß eingetreten sind.

Das Ziel einer weltweiten Überwindung der Rassentrennung und Verwirklichung der Menschenrechte ist damit ein entscheidendes Stück näher gerückt. Wir müssen den jetzt eingeleiteten Erneuerungsprozeß mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.



# Das kriminelle Wirken der SED muß restlos aufgeklärt werden

**Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU unter dem Vorsitz von Johannes Gerster hat am 12. März 1992 folgende Entschließung zur Regierungs- und Vereinigungskriminalität gefaßt:**

● Das öffentliche Entsetzen über das ungeheuerliche Ausmaß des Stasi-Terrors darf den Blick auf die wahren Urheber von 40 Jahren DDR-Diktatur nicht verstellen. Das kriminelle Wirken der SED und ihrer Funktionäre auf allen Machtebenen, in Politbüro und Zentralkomitee, auf Bezirks- und Kreisebene muß restlos aufgeklärt und geahndet werden.

Die Täter von einst gehören daher weder in die Parlamente noch in den öffentlichen Dienst, sondern vor Gericht.

● Eine herausragende Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung ist die Verfolgung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität, wie der Bundesfachausschuß bereits in seiner Entschließung vom 11. Dezember 1991 festgestellt hat.

Vierzig Jahre Unterdrückung und Verletzung elementarer Menschenrechte in der DDR haben eine breite Spur des Verbrechens hinterlassen. Im Zuge der Wiedervereinigung haben sich Funktionäre des SED-Regimes durch Transferrubelbetrug, Unterschlagung staatlicher Vermögenswerte, Verschiebung von Parteivermögen und Immobilienmanipulationen bereichert. Allein die gegenwärtig bekannte Schadenshöhe beträgt mehr als 5 Mrd. DM. Mit einer beträchtlichen Dunkelziffer muß gerechnet werden.

● In der zentralistischen DDR liefen alle Fäden, auch die des Verbrechens, in Berlin zusammen. Die wegen des Tatortprin-

zips zuständigen Berliner Strafverfolgungsbehörden können die strafrechtliche Aufarbeitung von 40 Jahren staatlichen Unrechts jedoch nicht allein bewältigen. Das Land Berlin darf bei der Bewältigung dieser nationalen Aufgabe nicht alleingelassen werden. Die Personalausstattung bei Staatsanwaltschaft und Polizei ist bislang völlig unzureichend. Von den 340 benötigten Ermittlungsbeamten stellt das Land Berlin 130. Von den zur Deckung des Restbedarfs erforderlichen 210 Kriminalbeamten der übrigen Bundesländer und des Bundes waren Ende Februar erst 34 im Einsatz. Dies hat bereits zu einem erheblichen

**40 Jahre Unterdrückung und Verletzung der Menschenrechte in der DDR haben eine breite Spur des Verbrechens hinterlassen.**

Ermittlungsrückstand geführt. Von über 100 Verfahren des Bereiches Regierungskriminalität hat die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin 70 „stillgelegt“. Von den 40 Großverfahren des Komplexes „Vereinigungskriminalität“ werden z. Zt. 25 nicht bearbeitet. Dieser Zustand kann nicht länger hingenommen werden.

● Schnelle solidarische Hilfe der Länder und des Bundes ist jetzt gefordert. Die CDU begrüßt die Initiative des Bundesministers des Innern, durch die Abordnung von Beamten des Bundeskriminalamtes und die Übernahme von Großverfahren durch das Bundeskriminalamt die



## PDS läßt Maske fallen

**Zur Aufhebung der Immunität des PDS-Ehrenvorsitzenden Hans Modrow und den Reaktionen der PDS erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Johannes Gerster:**

Seit Bestehen des Bundestages, also seit knapp 43 Jahren gab es immer wieder Fälle, in denen die Immunität einzelner Abgeordneter zur Durchführung von Strafverfahren aufgehoben werden mußte. Für die Fraktion, welcher der Betroffene angehörte, war dies immer Veranlassung, der Aufhebung zuzustimmen und eher mit Betroffenheit zu schweigen.

Berliner Kräfte zu verstärken und zu unterstützen. Der Bund will damit einen wesentlichen Beitrag zur Aufklärung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität leisten.

Es ist allerdings völlig unverständlich, daß die Berliner Justizsenatorin, Frau Prof. Limbach (SPD), sich bis auf den heutigen Tag weigert, von diesem bereits am 28. Februar 1992 unterbreiteten Hilfsangebot des Bundes Gebrauch zu machen. Dieser unsinnige Widerstand muß beendet werden.

### Mehr Ermittlungsbeamte

Die CDU fordert darüber hinaus die Bundesländer auf, durch die Entsendung weiterer Ermittlungsbeamter endlich den dringend notwendigen polizeilichen Unterbau für die Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Regierungskriminalität

### Nicht so bei der PDS!

Unmittelbar nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gab sie sich geläutert und betroffen über die Verbrechen und Vergehen ihrer Vorläufer-Partei, der SED.

### Inzwischen ist die Maske gefallen.

Die PDS ist längst in die alte Uneinsichtigkeit und Selbstgerechtigkeit der SED zurückgefallen. Sie kann sich nicht einmal vorstellen, daß alte SED-Funktionäre sich der Verantwortung aus eigener Schuld vielleicht einmal stellen sollten. Daher das Lamento über die Aufhebung der Immunität ihres Gesinnungsgenossen Modrow. Wer früher keine Furcht vor Verfolgung hatte, da Unrecht systemkonform war, kann sich halt im Rechtsstaat nicht zurechtfinden.

zu schaffen. Würden die alten Bundesländer dem Beispiel des Bundes folgen und ebenfalls ca. 1 Prozent ihrer ca. 25.000 Kriminalbeamten zur Verfügung stellen, wäre die notwendige Personalstärke schnell erreicht. Diese Hilfe darf nicht länger verweigert werden. Sobald die erforderliche Zahl polizeilicher Ermittlungsbeamter zur Verfügung steht, muß auch die Zahl der in Berlin tätigen Staatsanwälte weiter erhöht werden. Die CDU unterstützt dabei den Vorschlag der Bundesregierung, die Aufarbeitung der Regierungskriminalität einer zentralen Stelle zu übertragen.

Wenn es nicht gelingt, die Regierungs- und Vereinigungskriminalität bis zum höchstmöglichen Grad aufzuklären und zu ahnden, bleiben alle Ansätze zur Aufarbeitung der SED- und Stasi-Vergangenheit Makulatur.



## Bundeskanzler Helmut Kohl:

### Ein klares Signal für die Zukunft

**Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat den neuen Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Berndt Seite, zu seiner Wahl beglückwünscht und erklärt:**

Das eindeutige Votum des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern für den neuen Ministerpräsidenten Berndt Seite ist als klares Signal für die Zukunft zu begrüßen. Ich wünsche ihm viel Glück und Erfolg bei der Arbeit für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei kann Mini-

sterpräsident Seite bei der Erfüllung seiner Aufgaben stets mit meiner und der Unterstützung der CDU Deutschlands rechnen.

Ich bin sicher, daß sich die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern auf einem guten und erfolgversprechenden Weg befindet. Ausdrücklich danke ich dem früheren Ministerpräsidenten Alfred Gomolka für seinen großen Einsatz und seine Arbeit, die er stets in den Dienst der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gestellt hat.



### Zur Person:

Der neue Ministerpräsident **Berndt Seite** wurde am 22. April 1940 in Hahnswalde im Kreis Trebnitz/Schlesien geboren. Der promovierte Tierarzt ist mit Frau Annemarie Seite verheiratet und Vater von zwei Kindern. Seit 1964 ist er im Landkreis Röbel ansässig. In den 60er und 70er Jahren engagierte sich Seite vor allem aktiv in der evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburgs. Seit 1975 ist er Mitglied der Synode der Landeskirche.

Seite gehört zu den Mitbegründern des „Neuen Forums“ in Röbel und trat im Februar 1990 in die CDU ein. Im Mai 1990 wurde er bei den Kommunalwahlen zum Landrat des Kreises Röbel gewählt. Seit Oktober 1991 ist er Generalsekretär des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern.



## Bundesverkehrsminister Günther Krause

# Die Bundesregierung setzt auf ein integriertes Gesamtverkehrssystem

**Mobilität umweltgerecht zu sichern, bedeutet für den Wirtschaftsstandort Deutschland, der im Kern Europas, aber zugleich auch an den Bruchstellen früherer Systemgrenzen gelegen ist, eine Problemstellung dreifacher Art.**

**Erstens:** Auf Mobilität setzt Westeuropa beim EG-Binnenmarkt '93 und beim europäischen Wirtschaftsraum mit der größten Freihandelszone der Welt, die rund 380 Mio. Menschen und 19 Länder umfaßt und schon heute 40 Prozent des Welthandels bestreitet.

**Zweitens:** Eine neue Dimension von Mobilität haben die deutsche Einheit und das freie Ost- und Süd-Ost-Europa quasi über Nacht in West-Ost- und Ost-West-Richtung bewirkt. In der Vergangenheit liefen die Verkehrsströme im wesentlichen in Nord-Süd-Richtung. Über 45 Jahre lang wurden die Magistralen entsprechend ausgebaut. Vor allem die Verkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland ist der heutigen und künftigen Mobilität in keiner Weise gewachsen.

**Drittens:** Die Ballungsräume und ihre Einzugsbereiche drohen an wachsenden Mobilitätsansprüchen zu ersticken, wenn es nicht gelingt, für diesen Mikrokosmos menschlicher Besiedelung und wirtschaftlicher Agglomerationen neue verkehrspolitische Antworten zu finden.

Die zentrale Herausforderung für die Verkehrspolitik lautet also, durch Sicherung der Mobilität zugleich die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutsch-

land zu stärken und der heutigen wie künftigen Generationen eine intakte Umwelt zu erhalten.

Die Verkehrspolitik der Bundesregierung setzt hierbei auf ein integriertes Gesamtverkehrssystem, d. h. darauf,

- die umweltfreundlicheren Verkehrsmittel wie die Bahn, den öffentlichen Personennahverkehr, die Binnenschifffahrt, die Küsten- und Seeschifffahrt am zukünftigen Verkehrswachstum stärker zu beteiligen,
- die vorhandene Infrastruktur durch Verbund und Vernetzung der Verkehrs-

Aus der Regierungserklärung „Deutsche Verkehrspolitik im zusammenwachsenden Europa“ am 19. März im Deutschen Bundestag.

träger unter Einbeziehung moderner Informationstechnologie besser zu nutzen und

- die Infrastruktur zügig und umweltgerecht auszubauen. Die beiden ersten Maßnahmenbündel stehen in enger Wechselbeziehung.

Zum ersten Maßnahmenkomplex: Ziel der Bundesregierung ist, die umweltfreundlicheren Verkehrsträger stärker am Verkehrswachstum zu beteiligen. Dazu ist es notwendig, daß die Verkehrsträger viel stärker als bisher in integrierten Verkehrssystemen zusammenarbeiten. Bahn, Schiff und Lkw müssen ihre arteigenen Stärken in Transportketten einbringen.



## Hilfe für Verwaltung und Gerichtsbarkeit in den neuen Bundesländern

**Zur Lage der Justiz in den neuen Ländern erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Herbert Helmrich:**

Der Aufbau einer rechtsstaatlichen, dem westlichen Standard entsprechenden Rechtspflege und Verwaltung in den neuen Bundesländern ist eine Aufgabe, die nur durch die solidarische Hilfe der alten Bundesländer bewältigt werden kann. Die gegenwärtige personelle Unterstützung droht jedoch ins Stocken zu geraten, da viele Abordnungen auslaufen und die Juristen wieder zu ihren Heimatdienststellen zurückkehren.

Der BACDJ appelliert daher an die alten Bundesländer, der im Aufbau

befindlichen Verwaltung und Gerichtsbarkeit in den neuen Ländern mehr personelle Unterstützung zu gewähren. Hier sind die Länder zu einem erneuten Kraftakt aufgefordert. Er begrüßt den neuen Vorstoß der Bundesregierung, nochmals 500 Stellen für die Ämter für offene Vermögensfragen bei einer Finanzierung 90:10 zur Verfügung zu stellen.

Die Justiz in den neuen Ländern muß jedoch auch durch den Sitz eines obersten Bundesgerichts aufgewertet werden. Der BACDJ spricht sich deshalb dafür aus, daß neben dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin mindestens ein weiteres oberstes Bundesgericht in einem der neuen Länder seinen Sitz haben soll.

Die Bundesregierung wird deshalb die Verbundfähigkeit zu einem wesentlichen Kriterium bei der Weiterentwicklung des Verkehrsrechts, der technischen Normen sowie der Infrastrukturinvestitionen machen.

Zum zweiten Maßnahmenbündel stellt die Bundesregierung fest: Sowohl die optimale Verknüpfung der Verkehrsträger als auch die intelligente Nutzung der Verkehrswege verlangen den Einsatz moderner Informationstechnologien.

Die Bundesregierung unterstützt die Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger durch Aufbau verkehrsträgerübergreifender Informationssysteme.

Zum dritten Maßnahmenbündel: Das schwächste Glied in der Transportkette

entscheidet über den Gesamterfolg der Kooperation und Vernetzung. Die Aufgabe ist deshalb, alle Verkehrsträger in ihrer Leistungsfähigkeit auf den bestmöglichen Stand zu bringen. Dabei muß die Verkehrsinfrastruktur aller Verkehrsträger auch im Westen Deutschlands weiter ausgebaut werden. Der Bundesverkehrswegeplan '92, den die Bundesregierung im Sommer vorlegt, wird als integriertes Investitionskonzept darauf eine Antwort geben.

Die größte Herausforderung, der wir heute und morgen gegenüberstehen, ist letztlich aber die Bewahrung der uns anvertrauten Schöpfung. Wir müssen mit der Natur sorgsam umgehen. Die Verkehrspolitik der Bundesregierung stellt sich dieser Herausforderung. ■



Ottfried Hennig:

## Alle Kräfte mobilisieren, um das Leben der Ostsee zu retten

**Die Ostsee ist ökologisch schwer bedroht, in weiten Teilen sterbenskrank. Der biologische Tod erfaßt immer weitere Gebiete dieses sensiblen Binnenmeeres. Der ökologische Befund für die Ostsee ist noch viel besorgniserregender als für die Nordsee.**

Auch die westliche Ostsee, insbesondere auch die Küstengewässer Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns sind davon betroffen.

Alle bisherigen internationalen Vereinbarungen und alle eingeleiteten Schritte konnten den dramatischen Prozeß von Verschmutzung und Eutrophierung von Sauerstoffverzehr und Sterben leider nicht stoppen.

Was kennzeichnet heute die Situation der Ostsee im einzelnen?

- Weite Zonen, insbesondere in tiefen Gewässern der mittleren und östlichen Ostsee, sind bereits dauernd oder vorübergehend biologisch tot, Pflanzen und Tiere weitgehend abgestorben.

Es handelt sich um einen Bereich von etwa 70.000 km<sup>2</sup> Ostsee. In den letzten zehn Jahren sind 20.000 km<sup>2</sup> dazugekommen. Immer wieder erschrecken uns Massensterben von Tieren und Pflanzen. Besonders betroffen sind die Grundfischbestände. Problemschwerpunkt ist die übermäßige Zufuhr von Nährstoffen, Stickstoff und Phosphor.

Im Einzugsbereich der Ostsee leben über 70 Millionen Menschen. Insbesondere vom Gebiet der früheren Ostblockstaaten

werden die Abwässer der Städte und Fabriken völlig oder doch weitgehend ungereinigt und ungeklärt in die Ostsee geleitet.

Vor allem die Flüsse, z. B. die Oder und die Weichsel, die Memel und der Pregel, transportieren gewaltige Schadstofflasten ins Meer. Hinzukommen diffuse Einträge aus der Luft, die sogar beim Stickstoff 50 Prozent des Eintrags ausmachen.

Schätzungen gehen dahin, daß jährlich 900.000 Tonnen Stickstoff und 50.000

### Aus der Debatte zum Schutz der Ostsee am 19. März 1992 im Deutschen Bundestag

Tonnen Phosphor in die Ostsee gekippt, zugeleitet oder hineingespült werden.

Insbesondere die Nährstoffzufuhr von Stickstoff und Phosphor führt zu exzessivem Wachstum von Algen, die absterbend in die tiefen Wasserschichten absinken und dabei durch mikrobielle Zerstörung immer mehr Sauerstoff aufzehren.

Die Produkte von Algen und anderer Biomasse hat sich in den letzten 35 Jahren verdoppelt. Verschärft hat sich die Situation dadurch, daß in den letzten Jahren die Herbststürme ausgeblieben sind, die sauerstoffreiches Salzwasser aus der Nordsee, insbesondere über den Großen Belt, der Ostsee zuführen.

Auch an der schleswig-holsteinischen Küste können wir deutlich den beschriebenen Prozeß beobachten, so z. B. in der



Kieler Bucht, in der Flensburger Förde und in der Schlei.

Ausdrücklich möchte ich aber darauf hinweisen, daß es auch bescheidene Fortschritte gegeben hat. Die Konzentration der Gifte DDD, PCB und Quecksilber konnte verringert werden, wie vor allen Untersuchungen bei Ostseefischen und Seevoegeleiern zeigten.

An dieser Stelle möchte ich aber ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Anreicherung von Nährstoffen nicht die Qualität der Ostsee als Badewasser beeinträchtigt.

Hier verfügt die deutsche Ostseeküste über gute Daten, wie zuletzt die Untersuchungen der Stiftung Warentest bewiesen haben. Aber zweifellos dürfte längerfristig die Attraktivität des Urlaubs an der Ostsee leiden, wenn sie biologisch weitgehend abgestorben wäre.

Es ist also auch eine Forderung des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, sich konsequent für den Schutz der Ostsee zu engagieren.

Welche Schritte müssen vordringlich getan werden?

### **Einige wichtige Punkte:**

Wir müssen die Nähr- und Giftstoffe an ihren Quellen konsequent bekämpfen. Es geht zentral darum, das gesamte Einzugsgebiet der Ostsee mit Kläranlagen zu versorgen, Industrieabwässer zu reinigen, insbesondere auch bei der Papier- und Zelluloseproduktion.

Es gilt, Programme für die Landwirtschaft aufzulegen, insbesondere auch in Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft, um die Belastung durch Stickstoff und Pflanzenschutzmittel zu minimieren.

Weitere Verbesserungen sind im Bereich der Schifffahrt durchzusetzen:

- Durch mehr technische Sicherheit bei Tankschiffen.
- Durch Verbesserung bestehender Seeverkehrssysteme zur Vermeidung von Seeunfällen.

Auch wenn noch viel zu tun bleibt, möchte ich ausdrücklich die großen Leistungen, die Initiativen und Maßnahmen der Bundesregierung und des Landes Schleswig-Holstein anerkennen.

In einer großen gemeinschaftlichen Anstrengung von Bund und Land, mit dem Einsatz Hunderter von Millionen Mark, sind in den letzten Jahrzehnten an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste große und leistungsfähige Klärwerke gebaut und immer wieder modernisiert worden.

Auch ökologisch wirksame Programme für die Landwirtschaft, wie Extensivierungsprogramme und Uferrandstreifenprogramme, möchte ich hervorheben. Wir müssen jetzt die Nachrüstung der Kläranlagen Schleswig-Holsteins zur Beseitigung von Stickstoff, Phosphor und Giften konsequent weiter vorantreiben.

Wir begrüßen, daß die Kieler Landesregierung entsprechend den von Bundesumweltminister Klaus Töpfer erreichten international getroffenen Vereinbarungen tätig geworden ist. Sie finanziert diese Maßnahmen weitgehend mit Mitteln des Bundes. Wir haben ausdrücklich empfohlen, diese Mittel schwerpunktmäßig für Umweltaufgaben einzusetzen.

Es wäre aber fair, wenn die Landesregierung in Kiel die massive Hilfe des Bundes nicht ständig verschweigen und verschleiern würde.

Nachdrücklich möchte ich mich dafür aussprechen, daß das europäische Programm zur Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen stärker auf ökologisch vorrangige Ziele ausgerichtet wird, also auf Flächenstilllegungen im Rand- und Ein-



zugsbereich von Fließgewässern. Aber die zentrale Aufgabe für Deutschland bleibt der Aufbau des Umweltschutzes in den neuen Bundesländern, vorrangig in Mecklenburg-Vorpommern sowie im Einzugsbereich von Ostseezuflüssen.

Ich möchte der Bundesregierung, vor allem Bundesumweltminister Klaus Töpfer, dafür danken, daß sie hier bereits umfassende Initiativen ergriffen hat.

Es dürfte sich hierbei um Investitionen in einer Größenordnung von 4 bis 6 Milliarden Mark handeln. Diese Zahlen zeigen, in welcher Größenordnung das politische Problem zu sehen ist.

Aber die Ostsee ist natürlich vor allem ein internationales Sorgenkind. Wie auch auf anderen Gebieten des Umweltschutzes, so haben auch beim Schutz der Ostsee die früheren Diktaturen des realexistierenden Sozialismus ein uns alle bedrohendes Erbe hinterlassen.

Ohne massive Hilfe des Westens werden die Nachfolgerepubliken über Jahre nicht in der Lage sein, das Notwendige zu tun.

Ich appelliere daher insbesondere an die internationalen Finanzinstitutionen, an die Weltbank, die Europäische Investitionsbank, die Nordische Investitionsbank sowie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, sich massiv für die Aufbauarbeit an der Ostsee zu engagieren.

Ebenso appelliere ich an die Europäische Gemeinschaft, nach ihrer jahrelangen Hinwendung zu anderen Meeren im Süden jetzt auch Verantwortung für die bedrohte Ostsee zu übernehmen.

Wir leisten viel Hilfe für Osteuropa. Aber oft in der Politik noch wichtiger ist ein entschiedener Wille. Machen wir uns heute das ganze Ausmaß der Bedrohung für unsere Ostsee bewußt. Begreifen wir sie als eine zentrale ökologische Herausforderung für unser Land. ■

## Europäisches Parlament:

### Gegen internationalen Giftmülltransport

**Anstatt das Problem zu Hause zu lösen, versuchen viele westliche Industriestaaten, ihr Sondermüll-Problem zu exportieren. Giftmüll auf eine wilde Deponie in der Dritten Welt oder nach Mittel- und Osteuropa zu schaffen, ist immer noch billiger, als ihn in der Europäischen Gemeinschaft fachgerecht zu entsorgen. Das Europäische Parlament hat daher bereits im November 1991 mit überwältigender Mehrheit auf Anregung des Berichterstatters Karl-Heinz Florenz (CDU/EVP) ein baldiges Ende des weltweiten Handels gefährlicher Abfälle gefordert.**

**Karl-Heinz Florenz:** Immer häufiger haben wir in den letzten Jahren Müllskandale und internationalen Abfalltourismus erlebt. Deswegen will das Europäische Parlament über alle politischen Grenzen hinweg Abfalltransporte auf ein Mindestmaß verringern. Westeuropäische Giftmülltransporte nach Mittel- und Osteuropa sowie nach Südamerika müssen in Zukunft ausgeschlossen sein. Denn Polen, Brasilien und auch Indien sind keine Müllkippen der Industrieländer.

### Spätestens im Jahr 2000 verboten

In den Verhandlungen mit der EG-Kommission und mit dem immer noch alleine entscheidenden Ministerrat haben sich der Vorsitzende des Umweltausschusses und der Berichterstatter dafür eingesetzt, daß Exporte in Nicht-OECD-Staaten, also in die Dritte Welt oder nach Mittel- und Osteuropa, spätestens im Jahr 2000 verboten sind. ■



## 40 Jahre Evangelischer Arbeitskreis

# Stärkung der CDU durch gemeinsames Handeln beider Konfessionen

„Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“ hieß das Thema der Gründungsstagung des Evangelischen Arbeitskreises, die vom 14. bis 16. März 1952 in Siegen stattfand.

40 Jahre nach seiner Gründung beschäftigt sich der Evangelische Arbeitskreis mit der Vollendung der inneren Einheit in Deutschland. In Berlin, Bonn und Dresden haben wir Deutschlandforen zu den großen Themen „Gerechtigkeit“, „Frieden“ und „Bewahrung der Schöpfung“ durchgeführt. Ganz bewußt haben wir die Themen des Konziliaren Prozesses auf die Situation im vereinten Deutschland bezogen.

Im Laufe seiner Geschichte hat sich der EAK zu einem Ort der Grundsatzarbeit in der Union entwickelt. Die Bundesvorsitzenden Hermann Ehlers, Robert Tillmanns, Gerhard Schröder, Roman Herzog und Albrecht Martin haben mit ihrer Persönlichkeit das Bild des EAK bestimmt. Klares protestantisches Profil und ökumenische Offenheit haben dabei nie im Widerspruch zueinander gestanden.

In der Grundsatzkommission der CDU diskutieren wir zur Zeit das „C“ im Namen unserer Partei. Für uns Protestanten in der CDU hat das „C“ seine ungebrochene Gültigkeit. Es steht für die Gemeinschaft von katholischen und evangelischen Christen, die zur Gründung unserer Union führte.

Der Gründungsvorsitzende des EAK, der damalige Bundestagspräsident Hermann

Ehlers, wußte auch von den Bedenken in den eigenen Reihen und stellte darum schon in Siegen fest: „Der Zweck dieser ersten evangelischen Arbeitstagung der CDU in Siegen ist es, einmal Menschen aus allen Teilen Deutschlands zusammenzubringen — evangelische Menschen, die in besonderer Verantwortung in der CDU stehen, und zu versuchen, mit ihnen die wesentlichen gemeinschaftlichen Fragen zu erörtern und sie an ihre besondere Verantwortung zu erinnern. Es ist nicht daran gedacht, daraus ein neues politisches Gebilde wachsen zu lassen, sondern ganz im Gegenteil eine Stärkung der CDU, in der beide Konfessionen sich vor sieben Jahren zu einem gemeinsamen politischen Handeln verbunden haben.“

**Peter Hintze**, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU: 40 Jahre EAK sind für uns Anlaß zum dankbaren, aber auch selbstkritischen Rückblick. Wir müssen uns verstärkt um junge Mitglieder bemühen und die Arbeit vor Ort breiter anlegen. Dabei versteht sich der EAK als Ansprechpartner der Kirchengemeinden, Kirchenkreise und Landeskirchen.

### Gute Resonanz

Der von der Hamburger CDU in ihrer Geschäftsstelle am Leinpfad eingerichtete Telefon-Service für Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt kommt gut an. Wie CDU-Landesgeschäftsführer Wulf Brocke mitteilte, wurden seit dem Start dieser Einrichtung etwa 100 Anrufe entgegengenommen.



## Drei neue Broschüren zum Dresdner

### Parteitag der CDU

Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands war das Thema des Dresdner Parteitages. In der Serie „POLITIK AKTUELL“ ist jetzt die zentrale Rede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und das vom Parteitag beschlossene „Dresdner Manifest“ zusammen mit der Einbringungsrede des Generalsekretärs Volker Rühle erschienen.

● **Helmut Kohl: Einheit leben**

Bestell-Nr.: 5468

Verpackungseinheit: 25 Exemplare

Preis je Einheit: 25 DM

● **Dresdner Manifest mit einer Einführung von Volker Rühle**

Bestell-Nr.: 5469

Verpackungseinheit: 25 Exemplare

Preis je Einheit: 25 DM

Die Überwindung der Trennung setzt eine umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit voraus. In einem eigen-

nen Forum haben die Delegierten des Parteitages in Dresden mehr als vier Stunden mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über das Thema „Sich der Vergangenheit stellen — Vertrauen gewinnen“ diskutiert. Diese beeindruckende Diskussion liegt jetzt ebenfalls als Broschüre vor.

● **Sich der Vergangenheit stellen — Vertrauen gewinnen**

Bestell-Nr.: 5470

Verpackungseinheit: 25 Exemplare

Preis je Einheit: 37,50 DM.

### Experten-Hearing

„Zwischen Gesundheit und Krankheit — eine Kostenexplosion ohne Ende?“ — So lautet das Thema eines Experten-Hearings, zu dem die Senioren-Union für den 8. April ins Bonner Konrad-Adenauer-Haus einlädt.

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms, wird die Veranstaltung eröffnen. Das politische Resümee wird der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Hermann-Josef Arentz, ziehen.

### Organisationshandbuch

Etwas später als geplant erscheint in diesen Tagen die 1. Nachlieferung des Organisationshandbuchs der CDU. Von 700 Seiten des umfangreichen Nachschlagewerks mußten diesmal 57 Prozent der ursprünglichen Ausgabe geändert werden.

**Die nächste Nachlieferung ist für Juni 1992 vorgesehen. Redaktionstermin ist der 1. Juni 1992.**

Bitte merken Sie sich auch den letzten Redaktionstermin für dieses Jahr, den 30. Oktober 1992, vor.



**Umwelt-Kugelschreiber**



▲ Bestell-Nr.: 9430  
 Verpackungseinheit: 50 Exemplare  
 Preis je Einheit: 35,— DM

Bestellungen bei:

**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 1328**  
**4804 Vermold**  
**Fax (0 54 23) 4 15 21**

**Handbuch**

**MODERNE PARTEIARBEIT IN DEN 90ER JAHREN**

**ÖKOLOGISCHE  
 OFFENSIVE**

- ✗ Parteiarbeit in der Umweltpolitik
- ✗ Aktionsvorschläge
- ✗ Schwerpunkt Abfall
- ✗ Umwelttips zum Weitergeben

**CDU  
 aktiv**

▲ Bestell-Nr.: 4266  
 Verpackungseinheit: 10 Exemplare  
 Preis je Verpackungseinheit:  
 18,90 DM

**Wir danken  
 für Ihr Vertrauen  
 CDU**

Überkleber: schwarzer Druck auf signalgrünem Papier (42,5 × 15 cm).  
 Bestell-Nr.: 8196, Verpackungseinheit: 500 Expl., Preis je Einheit: 30,— DM



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1



### Liebe Fußballfreunde,

bei der Fußball-Europameisterschaft 1992 treten wir erstmals wieder mit einer gesamtdeutschen Nationalmannschaft an. Unser Team verfügt über Mannschaftsgeist und Spielstärke. Es geht um guten Mannschaftsgeist und Spielstärke. Es geht um gute Chancen in dieser sportlichen Begegnung der Länder Europas.

wächst jetzt politisch und wirtschaftlich zusammen. Wie im Sport müssen wir auf diesem Gebiet fit sein, um den nationalen Wettbewerb erfolgreich zu bestehen. Leistungsfähige Wirtschaft und qualifizierte Arbeitnehmer sind dafür die Voraussetzung. Der große europäische Wettbewerb gerade uns Deutschen neue Aufgaben, Beschäftigung und Beschäftigung im Sport-zusammenarbeit. Die neuen Aufgaben gemein-

spannende Spiele und  
viel Erfolg.

*Jan*

**NEU:**

## Fußball-Europameisterschafts-Kalender

Bestell-Nr.: 2472  
Verpackungseinheit: 250 Stück  
Preis pro Einheit: 22,50 DM

Bestellungen an:  
**IS-Versandzentrum**  
Postfach 1328  
4804 Versmold  
Fax (054 23) 4 1521

# UID

10/1992

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 5307-0, Telefax (02 28) 5307-118/119, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** w/v Ver-einigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.